

Vorlage für die Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes, des Fraktionsvorstandes
und der Fraktion am 02. und 03. Dezember 2024

20/318

Nur zur internen Verwendung!

Entwurf

**Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion
„Schlüsselpartner für die regelbasierte Weltordnung:
Sozialdemokratische Prioritäten für den Indo-Pazifik“**

Table Briefings

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Schlüsselpartner für die regelbasierte Weltordnung: *Sozialdemokratische Prioritäten für den Indo-Pazifik*

Einleitung

Der Indo-Pazifik ist eine Region¹ von herausragender Bedeutung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Mit fast 60 Prozent der Weltbevölkerung und des globalen Bruttoinlandsprodukts, vier der fünf einwohnerreichsten Länder und drei der fünf größten Volkswirtschaften ist sie ein wesentliches Gravitationszentrum für die internationale Politik und Wirtschaft. Der indo-pazifische Raum ist Drehscheibe für große Teile des Welthandels und eine zentrale Zukunftsregion. Er beheimatet aber auch mehrere sicherheitspolitische Hotspots und Krisenherde. In kaum einer anderen Region sind die Konturen einer Welt im Umbruch so deutlich zu erkennen. Die strategische Rivalität zwischen China und den USA ist systemprägend. Gleichzeitig gewinnen regionale und überregionale Kraftzentren wie Indien, Indonesien, Japan, Südkorea oder Australien weiter an Bedeutung. Sie wollen die multipolare Weltordnung von morgen selbstbewusst mitgestalten. Inmitten epochaler geopolitischer und geoökonomischer Veränderungen entscheidet sich im Indo-Pazifik maßgeblich die Zukunft der regelbasierten internationalen Ordnung.

Für Deutschland als Handels- und Exportnation und für ein souveränes Europa ist eine stabile, freie und sichere Indo-Pazifik-Region von elementarem Interesse. Trotz der geografischen Distanz sind die Entwicklungen im euro-atlantischen und im indo-pazifischen Raum auf das Engste miteinander verbunden. Ob für unseren eigenen wirtschaftlichen Wohlstand und die sozial-ökologische Transformation, bei der Energiesicherheit, digitalen Souveränität, Hochtechnologie, Innovationen oder strategischen Industriepolitik – Ereignisse im Indo-Pazifik, insbesondere im Falle einer Verschlechterung der Lage, können gravierende Auswirkungen für uns haben.

Als Sozialdemokrat:innen haben wir die enorm heterogene Indo-Pazifik-Region als Ganzes im Blick. Zu oft lag in der Vergangenheit unser politischer und wirtschaftlicher Fokus primär auf der Volksrepublik China. Wir wollen die von Bundeskanzler Olaf Scholz auch im Rahmen der Zeitenwende priorisierte Diversifizierung von Partnerschaften im Indo-Pazifik entschlossen fortsetzen und unsere Beziehungen weiter ausbauen. Mit dem Papier der Bundesregierung „Fokus auf Indien“ und den erfolgreichen deutsch-indischen Regierungskonsultationen vom Oktober 2024 schlagen wir ein neues Kapitel in unseren strategischen Beziehungen auf. Dabei gilt nicht nur für unsere Partnerschaft mit Neu-Delhi: Wir brauchen ein noch besseres Verständnis für die vielen unterschiedlichen Länder in der Indo-Pazifik-Region und ihre Interessen.

Eine sozialdemokratische Politik für den Indo-Pazifik ist europäisch ausgestaltet und eng mit EU-Partnern abgestimmt. Sie fördert Frieden, Sicherheit und regionale Kooperation und treibt gemeinsam mit Partnern die Demokratisierung der internationalen Ordnung voran. Sie setzt sich für faire und in einem angemessenen Zeitrahmen verhandelte Freihandelsabkommen ein und priorisiert die Reduzierung einseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten. Sie rückt die Emissionsreduktion und die Bewältigung der Folgen der Klimakrise sowie eine sozial gerechte Gestaltung von Entwicklung und Energiewende in den Fokus und sie unterstützt die Gewerkschaftsbewegung und progressive Zivilgesellschaft in der Region. Nur mit den Ländern des Indo-Pazifiks sind die globalen Klima- und Entwicklungsziele zu erreichen.

¹ In Anlehnung an die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik versteht dieses Positionspapier unter dem Begriff „Indo-Pazifik“ die Gesamtheit des vom Indischen und Pazifischen Ozean geprägten geografischen Raumes.

Globale Herausforderungen und die vielen Konflikte unserer Zeit können nur gemeinsam und mit einer Politik der ausgestreckten Hand, nicht des erhobenen Zeigefingers, gelöst werden. Wir wollen unsere globalen Verantwortungspartnerschaften auf Augenhöhe vertiefen. Dazu machen wir attraktive und nachhaltige Kooperationsangebote, die für alle Seiten Vorteile bieten sollen. Unseren Partnerschaften liegen die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die universellen Menschenrechte zugrunde. Für diese Werte stehen wir ein, vor allem gegenüber Akteuren, die diese nicht vollumfänglich teilen oder gar ablehnen. Besonders mit solchen Partnern im Indo-Pazifik, die uns gesellschaftlich und politisch nahestehen, wollen wir noch enger zusammenarbeiten. Gemeinsam setzen wir uns ein für die Verteidigung einer regelbasierten und auf allgemeingültigen Prinzipien basierenden internationalen Ordnung.

Gleichzeitig sind die heutigen Krisen auch im Indo-Pazifik zu komplex, als dass sie nur von gleichgesinnten Partnern bewältigt werden könnten. Auf der Grundlage unserer Werte und Interessen müssen wir auch den offenen Dialog und, wo möglich, zielgerichtete Kooperationen mit nicht-demokratischen Ländern suchen. Obschon wir uns als Demokratien ohne Zweifel einer immer stärkeren globalen Systemkonkurrenz mit autoritären Staaten ausgesetzt sehen, findet gerade im Indo-Pazifik das Narrativ einer Auseinandersetzung der „Demokratien versus Autokratien“ kaum Abnehmer. Die meisten Länder in der Region können und wollen sich nicht zwischen den Großmächten China und USA, oder anderen externen Akteuren, entscheiden. Es stünde ihren eigenen nationalen Interessen und ihren selbstbestimmten Entwicklungspfaden entgegen. Unsere Politikangebote sollten daher Partner nicht vor eine Wahl stellen oder eine Entweder-oder-Logik reproduzieren, sondern inklusiv, fair und auf den Ausgleich von wechselseitigen Interessen bedacht sein.

Frieden und Sicherheit fördern, Eskalationsspiralen durchbrechen

Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit sind die Grundpfeiler unserer sozialdemokratischen internationalen Politik im Indo-Pazifik und weltweit. Zwar sind viele Länder und Gesellschaften in der Region von weitgehender Stabilität gekennzeichnet. Die geopolitischen Spannungen, territorialen Konflikte und damit die Gefahr einer Eskalation verschärfen sich jedoch. Zu den prägenden sicherheitspolitischen Trends zählen neben der Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten, den komplexen chinesisch-indischen Beziehungen und der von uns scharf verurteilten Militärkooperation zwischen Russland und Nordkorea auch die hohe Rüstungsdynamik, eine fehlende regionale Sicherheitsarchitektur, immer stärkere Ad-hoc-Allianzen für militärischen Beistand, kaum vorhandene Mechanismen für kooperative Sicherheit und die zunehmende Herausforderung der Regeln der internationalen Ordnung durch einzelne Akteure.

Wir begrüßen die Vertiefung von wichtigen verteidigungspolitischen Partnerschaften und sicherheitspolitischen Dialogformaten durch die Bundesregierung mit gleichgesinnten Partnern wie Japan, Südkorea, Singapur, Australien, Neuseeland oder Indien. Dazu zählt auch die Beteiligung der deutschen Marine, Luftwaffe und des Heeres an internationalen Militärübungen in der Region. So treten wir gemeinsam mit unseren Verbündeten für die Freiheit wichtiger maritimer Handelswege wie der Straße von Malakka ein, beteiligen uns an der Überwachung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea und unterstützen die Wahrung des internationalen Rechts im Südchinesischen Meer. Wir demonstrieren, dass wir trotz eines brutalen Krieges in Europa auch im Indo-Pazifik ein verlässlicher Partner sind.

Schon aus unserem eigenen Interesse heraus werden wir viel stärker als bisher in unsere eigene europäische Verteidigungsfähigkeit investieren müssen. Hinzu kommt, dass die Verlagerung von Aufmerksamkeit und Ressourcen der USA unter der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump auf den Indo-Pazifik weiter zunehmen dürfte. Klar ist, ob in Europa oder Asien: am Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung, an der Stärke des Rechts, nicht dem Recht des Stärkeren, haben wir ein vitales Interesse.

Für die Sozialdemokratie gehen eine robuste Verteidigungsfähigkeit und eine Entspannungs- und Dialogpolitik Hand in Hand. Entsprechend verstehen wir die Sicherheitsinteressen unserer indo-pazifischen Partner und den Wunsch nach einer solchen oder ähnlichen Balance. Es braucht gerade in Zeiten des Rüstungswettlaufs und sich zuspitzender Krisen mehr Gesprächskanäle und institutionelle Formate zur Vermeidung noch größerer Eskalationen. Dazu zählen auch militärische Transparenzmaßnahmen und Rüstungskontrolldialoge. Hierbei kommt nicht nur dem Austausch unter Regierungen, sondern auch parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eine besondere Rolle bei der Vertrauensbildung und Vermittlung zu.

Im Indo-Pazifik liegen fünf, teils miteinander im Konflikt stehende Atommächte: China, Indien, Pakistan, Nordkorea und die USA. Auch wenn es in scheinbar weiter Ferne zu liegen scheint, setzen wir Sozialdemokrat:innen uns auch weiterhin langfristig für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Kurz- und mittelfristig braucht es fortgesetzte Gespräche zur Nichtverbreitung und Kontrolle oder, wo diese nicht bestehen oder zusammengebrochen sein sollten, Versuche der Erneuerung.

Unter den verschiedenen Krisenherden im Indo-Pazifik befinden sich insbesondere die Situation im Südchinesischen Meer, die Lage auf der koreanischen Halbinsel und der Bürgerkrieg in Myanmar in unserem Fokus:

- Im Südchinesischen Meer beobachten wir eine kontinuierliche Zunahme der Spannungen. Außer Kontrolle geratene Situationen würden deutsche und europäische Interessen unmittelbar berühren. So haben gegenüber den Philippinen oder Vietnam die gefährlichen Seemanöver Chinas zugenommen. Bei allen widerstreitenden Insel- und Gebietsansprüchen setzen wir uns für eine Lösung auf der Basis des VN-Seerechtsübereinkommens und des Urteils des Internationalen Schiedsgerichtshofes vom 12. Juli 2016 ein. Wir unterstützen die baldige Verständigung auf einen rechtsverbindlichen Verhaltenskodex (*Code of Conduct*) zwischen China und den ASEAN-Mitgliedsstaaten und rufen alle Seiten zum Dialog und vertrauensbildenden Schritten auf. Die Wiederaufnahme direkter militärischer Kommunikationskanäle zwischen den USA und China begrüßen wir, um ungewollten Eskalationen vorzubeugen. Frieden und Sicherheit in der Straße von Taiwan sind von zentraler regionaler und globaler Bedeutung. Die wiederholten bedrohlichen Militärübungen der Volksrepublik China sehen wir mit großer Sorge, ebenso wie hybride Desinformationskampagnen. Eine Veränderung des Status quo darf es nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen geben.
- Auf der koreanischen Halbinsel nimmt die Eskalationsgefahr stetig zu. Die immer weitergehenden Provokationen und die aggressive Rhetorik des nordkoreanischen Regimes verurteilen wir. Wir fordern Nordkorea zur vollständigen, unumkehrbaren und überprüfbaren Beendigung seiner Programme für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, zu der Einstellung seiner ballistischen Raketentests und zum Ende der militärischen Unterstützung von Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine auf. Um die Eskalationsspirale von Aktionen und Reaktion und das damit verbundene Sicherheitsdilemma zu durchbrechen, braucht es neben einer glaubwürdigen südkoreanischen Abschreckung gegenüber Nordkorea auch dringend eine Bereitschaft Pjöngjangs zu belastbaren Kommunikationskanälen mit Seoul. Die Pläne zur Wiedereinrichtung einer diplomatischen Präsenz Deutschlands in Nordkorea sollten mit Nachdruck vorangetrieben werden. Mit seinem Beitritt zum United Nations Command (UNC), dem UN-Kommando in Südkorea, im August 2024 unterstützt Deutschland die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes und die Überwachung der Grenze. Die Entsendung nordkoreanischer Truppen nach Russland verdeutlicht eindrücklich, welchen direkten Einfluss die sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Indo-Pazifik-Region auch auf die

Sicherheitslage in Europa haben, und unterstreicht die Relevanz eines stärkeren deutschen Engagements in der Region.

- Der andauernde Bürgerkrieg in Myanmar nach dem Militärputsch im Februar 2021 braucht verstärkte Aufmerksamkeit und das Engagement der internationalen Gemeinschaft. Wir unterstützen die gezielten Sanktionen der EU gegen die Regimeverantwortlichen und ihre Wirtschaftskonglomerate, ebenso wie die Forderungen der Bundesregierung nach einem Ende der Gewalt, der Freilassung von politischen Gefangenen und der Wiedereinsetzung der demokratisch legitimierten Institutionen. Gespräche über eine Konfliktlösung müssen mit allen Seiten stattfinden. Hier spielen der regionale Staatenbund ASEAN und die Vereinten Nationen in der Umsetzung des „Fünf-Punkte-Konsens“ eine wichtige Vermittlerrolle. Wir befürworten weitere direkte und hochrangige Gespräche von Abgeordneten des Bundestags und von Mitgliedern der Bundesregierung mit Vertreter:innen der Nationalen Einheitsregierung (NUG) im Exil. Deutschlands Beitritt im Jahr 2023 zu der von Gambia 2019 eingereichten Völkermord-Klage vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Myanmar bezüglich der verfolgten Minderheit der Rohingya war ein wichtiges politisches Signal.

Die internationale Ordnung reformieren und den Multilateralismus verteidigen

Weltweit erstarken autoritäre Regime. Die Demokratien stehen unter Druck. Die westliche liberale Ordnung sieht sich herausgefordert durch konkurrierende Ordnungsvorstellungen, besonders von China und Russland. Damit verbunden sind beschleunigte Fragmentierungsprozesse. Wir lehnen Versuche ab, die Staatengemeinschaft in konkurrierende Blöcke oder exklusive Einflusszonen zu teilen. Die Welt von morgen ist weder uni- noch bipolar, sie ist multipolar. In dieser Welt der vielen Zentren und veränderten Machtbalance befindet sich der Multilateralismus in der Krise. Nicht zuletzt aufgrund einer immer stärkeren Lagerbildung und zunehmender Polarisierung können etablierte multilaterale Institutionen den dringendsten Herausforderungen unserer Zeit nur noch bedingt gerecht werden. Zu oft sind sie intern blockiert, zu langsam ist die mühsame Suche nach kleinsten gemeinsamen Nennern und zu deutlich ist die mangelnde Repräsentation und Mitbestimmung für die Länder des globalen Südens. Nur eine reformierte Ordnung, welche die realen Kräfteverhältnisse des 21. Jahrhunderts abbildet, ist zukunftsfähig.

Im Indo-Pazifik ist die Neuorganisation der Weltordnung bereits besonders augenscheinlich. Eine Vielzahl von Organisationen und Allianzen stehen sich teilweise in Konkurrenz gegenüber, teils mit überlappenden Mitgliedschaften nebeneinander: von den BRICS+ mit China und Indien, über die *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) bis zur Sicherheitspartnerschaft AUKUS zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und USA oder dem Quadrilateralen Sicherheitsdialog von Australien, Indien, Japan und den USA (Quad). Hinzukommen neue bi- und trilaterale Sicherheitsbündnisse vor allem im Pazifik. Insgesamt wird ein Trend zu stärker anlass- und interessenbezogenen, zuweilen zeitlich befristeten minilateralen Zusammenschlüssen deutlich. Deutschland und die EU sollten offen und pragmatisch mit diesen neuen Akteuren umgehen und konkrete Kooperationen stets auf der Grundlage der eigenen Werte und Interessen prüfen.

Die bisherige Weltordnung befindet sich unter wachsendem Legitimationszwang und Veränderungsdruck. In dieser neuen Unübersichtlichkeit sollten wir das große Ganze nicht aus dem Blick verlieren. Eine Welt ausschließlich organisiert in ad hoc Kleingruppen – einige inklusiver, andere exklusiver – ist nicht in unserem Sinn. Wir brauchen auch künftig das konstruktive Zusammenarbeiten aller zur Lösung globaler Menschheitsaufgaben mit den Vereinten Nationen im Zentrum. Dazu bedarf es des übergeordneten Rahmens effektiver und effizienter multilateraler Mechanismen, regionaler Integration und überregionaler Kooperation. Multilateralismus war und ist auch ein Garant für unsere Sicherheit und

unseren Wohlstand. Wir haben daher jedes Interesse, ihn gemeinsam mit unseren Partnern im Indo-Pazifik, und weltweit, zu verteidigen.

Damit das gelingt, muss die globale Ordnung demokratischer und inklusiver werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass wir uns selbstkritisch der Diskussion um Doppelstandards stellen, welche in vielen Ländern des globalen Südens stark an Prominenz gewonnen hat. Es braucht fortgesetzte Anstrengungen zur Reform der Vereinten Nationen. Gemeinsam treten Deutschland, Indien, Japan und Brasilien seit 20 Jahren für die Reform des VN-Sicherheitsrates ein. Zusammen mit unseren indo-pazifischen Partnern unterstützen wir auch eine stärkere afrikanische Repräsentanz. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze treibt Initiativen zur Reform der internationalen Finanzinstitutionen voran, vor allem der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und einer Stärkung von regionalen Entwicklungsbanken. In Asien ist Deutschland wichtiger Anteilseigner regionaler Entwicklungsbanken wie der Asiatischen Entwicklungsbank und der Asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank.

Als Antwort auf die im Zuge der Corona-Pandemie deutlich gestiegene Verschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern und den damit einhergehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Krisen auch in der Indo-Pazifik-Region, braucht es jetzt einen Investitionsschub durch Schuldenumwandlungen, hohe Transparenzstandards für multilaterale und bilaterale Geber und stärkere Pflichten für private Gläubiger. Die unter dem Dach von OECD und G20 erzielte Verständigung zur Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15 Prozent war dabei ein erster wichtiger Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit zugunsten benachteiligter Staaten.

Bei den Anstrengungen zur Reform der internationalen Ordnung können wir auf zahlreiche Partner im Indo-Pazifik zählen. Wie entscheidend ihre Rolle insbesondere für den Dialog zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens ist, haben der historische G20-Vorsitz Indiens 2023 mit der Aufnahme der Afrikanischen Union gezeigt, ebenso wie die erfolgreiche indonesische G20-Präsidentschaft 2022 mit der wichtigen Erklärung von Bali zum russischen Angriff auf die Ukraine.

Faire und gerechte Handelsabkommen, resiliente Lieferketten, geökonomisches Europa

Die EU ist handelspolitisch immer weniger geopolitikfähig. Zu oft werden Verhandlungen mit Drittstaaten und -regionen durch Partikularinteressen der EU-Mitgliedstaaten dominiert, ziehen sich über zu lange Zeiträume, stecken fest oder scheitern gar. Mit EU-Only-Abkommen, die durch eine qualifizierte Mehrheit entschieden werden, sollte auf europäischer Ebene zum erfolgreicherem und zeitlich angemessenen Abschluss von Freihandelsabkommen beigetragen werden. Unterdessen werden nämlich im Indo-Pazifik mit der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), der größten Freihandelszone der Welt, oder dem *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP) Akzente von anderen gesetzt. Unübersehbar sind auch in der Handelspolitik die Zunahme von Blockbildungen und Protektionismus. Daran können wir in Deutschland, mit unserer auf offenen Märkten und der globalen Arbeitsteilung basierenden Wirtschaft, kein Interesse haben.

Wir können stolz darauf sein, dass EU-Freihandelsabkommen die fortschrittlichsten weltweit sind. Im Indo-Pazifik bauen wir auf bestehende Abkommen mit Japan, Singapur, Südkorea und Vietnam auf. Zudem begrüßen wir explizit das jüngste Abkommen mit Neuseeland, welches sich durch besonders weitreichende Sozial- und Nachhaltigkeitskapitel auszeichnet. Mit Australien müssen die Verhandlungen so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden.

Für die bevorstehenden oder andauernden Verhandlungen mit Indien, Indonesien und den weiteren ASEAN-Partnern Malaysia, Thailand und Philippinen wird es gleichermaßen prinzipientreue wie pragmatische Kompromisse brauchen. Hier könnten sequenzierte oder zunächst sektorspezifische Integrationsschritte ein möglicher Weg sein. Indien könnte ein Beispiel sein mit der Aufteilung in ein

Handelsabkommen, Investitionsschutzabkommen und eines über Herkunftsbezeichnungen. Für uns Sozialdemokrat:innen schließen sich der Blick für das gemeinsame übergeordnete geostrategische Gesamtinteresse auf der einen Seite und der Schutz von Menschenrechten, Arbeitsstandards und Umwelt auf der anderen Seite nicht aus. Dies soll nicht als Einmischung verstanden werden. Vielmehr ist beides miteinander verbunden, um langfristige und nachhaltige Entwicklungsperspektiven auf Augenhöhe für alle Seiten zu schaffen.

Die Corona-Pandemie ebenso wie die Folgen des russischen Angriffskrieges haben uns die strategische Bedeutung störungsfreier Lieferketten besonders für wichtige Produkte und kritische Rohstoffe erneut verdeutlicht. Die Resilienz globaler Wertschöpfungsketten („*just in case*“) ist nicht weniger bedeutend als ihre Effizienz („*just in time*“). Es ist ein Gebot der ökonomischen Sicherheit und Vernunft, unsere Importe systematisch zu diversifizieren und starke einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren. Dazu wollen wir die politischen Rahmenbedingungen schaffen und fortgesetzte Anstrengungen für eine europäische Resilienzstrategie unternehmen.

Aktuell bezieht Deutschland über 90 Prozent der raffinierten kritischen Rohstoffe aus China. Für die politisch prioritäre Weiterentwicklung von Rohstoffpartnerschaften weltweit stehen im Indo-Pazifik unter anderem unsere Partner in Australien, Indien, Indonesien und der Mongolei im Fokus. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen haben wir daher einen Rohstofffonds zur Finanzierung von Projekten entlang der gesamten Wertschöpfungskette kritischer mineralischer Rohstoffe eingerichtet, der auch für Projekte aus Drittstaaten offen ist.

Wir wollen unsere Partnerschaften entlang globaler Lieferketten mit einer klaren sozialdemokratischen Handschrift gestalten. Sie sollen auch zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltrechtlichen Entwicklung, guten und sicheren Arbeitsbedingungen sowie zur lokalen Wertschöpfung vor Ort in den Partnerländern beitragen. Dabei gilt besonders in geoökonomisch herausfordernden Zeiten: Mit einer starken deutschen und europäischen Sorgfaltspflichtengesetzgebung wollen wir Ausbeutung verhindern und verschaffen unseren globalen Partnerschaften Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit.

China und die USA koppeln sich technologisch zunehmend voneinander ab und fördern mit milliarden-schweren Investitionen und Subventionen ihre eigene digitale Souveränität. In diesem folgenschweren Wettbewerb muss es unser Kerninteresse sein, Deutschland als Standort für Schlüsselindustrien und -technologien und für digitale Anwendungen zu stärken und damit zur strategischen Souveränität Europas beizutragen. Auch wir brauchen eine substanzielle innovations- und industriepolitische Investitionsoffensive. Ein souveränes und geoökonomisch denkendes und agierendes Europa muss systemrelevante Produktionen wieder in Europa lokalisieren und auch Partner, die auf unseren Markt drängen, zur Lokalisierung ihrer Wertschöpfung bewegen („*local content*“), so wie das in anderen Ländern auch für unsere Unternehmen gilt. Es gilt der Grundsatz: „Wo möglich öffnen, wo erforderlich schützen.“ Industriepolitische Interessen sollten zudem auch stärker als bisher bei der Ausgestaltung von Maßnahmen wie dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) Berücksichtigung finden, der ab 2026 sicherstellen soll, dass Importe aus Ländern mit weniger strikten Umweltstandards durch einen CO₂-Preis belegt werden.

Klimapartnerschaften priorisieren, Biodiversität erhalten, Umweltschutz fördern

Der Erfolg der Klima- und Energiewende entscheidet sich insbesondere im Indo-Pazifik. Die Region ist verantwortlich für mehr als die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen, wovon circa 30 Prozent auf die Volksrepublik China entfallen. 21 der 34 globalen Megastädte liegen in der Indo-Pazifik-Region. Gleichzeitig sind Partnerländer wie Bangladesch, Pakistan, die Philippinen oder die pazifischen Inseln mit am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen. Wir begrüßen die langfristigen Ziele zur Klimaneutralität, zu denen sich die meisten Regierungen verpflichtet haben. Nur durch die Begrenzung

der Erderwärmung auf unter 1,5°C können die gravierendsten Auswirkungen der Klimakrise abgemildert werden. Als Industrienationen sind wir uns unserer deutschen und europäischen Verantwortungen bewusst. Die Einigung auf der COP 27 und Operationalisierung zur COP 28 eines neuen Fonds zum Umgang mit Klimaschäden und -verlusten (*Loss & Damage*) hat zum Vertrauensaufbau mit den Ländern des globalen Südens beigetragen.

Asien verfügt über eine einzigartige Biodiversität und erbringt wertvolle Ökosystemdienstleistungen für uns alle. Ihr Erhalt und das Vorbeugen von Ressourcenkonflikten haben in unserer Zusammenarbeit mit Partnern in der Region besondere Bedeutung. Wir setzen uns ein für die Umsetzung der Ziele des globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal-Cali und ein nachhaltiges und umweltschonendes Wachstum mit der Ausweitung von Schutzräumen vor allem bei Wald-, Mangroven- und Torfmoorgebieten sowie dem Küstenschutz. Darüber hinaus müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen zum Aufbau einer integrierten Abfallwirtschaft und den Kampf gegen die Müllverschmutzung der Meeresökosysteme weiter intensivieren, da in der Indo-Pazifik-Region acht von zehn Flusssystemen mit dem weltweit größten Plastikeintrag ins Meer liegen.

Der Klimawandel, Umwelt-, Natur- und Artenschutz und eine sozial gerechte Energiewende sind prioritär in all unseren Beziehungen im Indo-Pazifik. Wir begrüßen die Vertiefung der Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung zwischen Deutschland und Indien bei den Regierungskonsultationen im Oktober 2024 und den neuen deutsch-chinesischen Klima- und Transformationsdialog. Als Sozialdemokrat:innen stellen wir besonders Aspekte der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit beim Übergang von den fossilen zu erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt. Die mit Indonesien und Vietnam vereinbarte *Just Energy Transition Partnership* (JETP) der G7 markiert einen wichtigen Meilenstein. Zudem befinden sich gleich sechs Schwerpunktländer der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) der Bundesregierung im Indo-Pazifik: China, Indien, Indonesien, Philippinen, Thailand und Vietnam.

Eine ambitionierte Energiewende und Klimaschutz sind keine allein staatlichen Aufgaben, sondern brauchen die umfassende Einbindung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. In diesem Zusammenhang blicken wir mit Sorge auf die Einschränkungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und die Inhaftierung von Klimaaktivist:innen in mehreren Ländern. Wir begrüßen die Beitritte Australiens, Indonesiens, Südkoreas und Singapurs zum von der Bundesregierung initiierten Klimaclub. Von der Eröffnung der neuen deutschen Botschaft auf Fidschi erhoffen wir uns eine weitere Intensivierung der Klimaaußenpolitik.

Menschenrechte einfordern, progressive Zivilgesellschaft stärken, soziale Sicherheit fördern

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind der unserer Politik im Indo-Pazifik zugrundeliegende Kompass. Eine sozialdemokratische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik hat ein umfassendes Verständnis menschlicher Sicherheit. Sie ist inklusiv, sozial und feministisch. Die großen Fortschritte vieler Länder in der Region bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte verdienen unsere hohe Anerkennung. Über die Jahrzehnte wurden hunderte Millionen Menschen aus der Armut hinein in eine stetig wachsende Mittelschicht geführt. Gleichzeitig hat die Einkommensungleichheit in den letzten 25 Jahren zugenommen und das *Gender Pay Gap* ist in Asien besonders groß. Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ist ein prioritäres Querschnittsthema unserer Außen- und Entwicklungspolitik.

Bürgerliche und politische Rechte bleiben in vielen Staaten der Region eingeschränkt und Beschneidungen von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit nehmen zu. Wir setzen uns ein für Diversität und die Rechte von LGBTIQ+ Personen. Dazu führen wir auch in der Zukunft einen kritischen und robusten Dialog auf Augenhöhe mit den Regierungen.

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir prominent für die Freiheit und Rechte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ein. Der Indo-Pazifik gehört zu den Weltregionen mit den stärksten Einschränkungen für die Arbeit unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen. Unsere Solidarität und Unterstützung gelten marginalisierten und verfolgten Stimmen. Lebendige Zivilgesellschaften sind konstitutiver Bestandteil unserer Partnerschaftspolitiken. Hierzu tragen insbesondere die Politischen Stiftungen wesentlich bei.

Enorme wirtschaftliche Dynamik und soziale Ungleichheit bleiben im Indo-Pazifik zwei Seiten derselben Medaille. Trotz der Entwicklungserfolge sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende soziale Sicherungssysteme und eine in Folge der Corona-Pandemie zuletzt wieder gestiegene Armut vielerorts Realität. Um an der Bewältigung dieser Herausforderungen gemeinsam mit unseren Partnern zu arbeiten und so gerechte und stabile Gesellschaften im Interesse aller zu fördern, braucht es eine starke Entwicklungszusammenarbeit. Die Bedeutung von Projekten des BMZ, der GIZ, KfW, von Stiftungen, Verbänden, Vereinen, kirchlichen und privaten Trägern etwa zu guter Arbeit und existenzsichernden Löhnen, grünen Arbeitsplätzen oder beruflicher Bildung ist hier besonders hervorzuheben.

Darüber hinaus ist ein enger akademischer Austausch mit den Partnern im Indo-Pazifik in unserem langfristigen Interesse. Um die Gesellschaften in der Region über Kultur, Bildung und Forschung mit der deutschen und europäischen Bevölkerung zusammenzubringen sowie langfristige Partnerschaften und Verständigung weiterzuentwickeln, sind der Austausch und die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Wissenschaft ebenso von zentraler Bedeutung wie Kooperationen bei der Ausbildung von Fach- und Führungskräften. Hierzu gehört insbesondere die Unterstützung leistungsfähiger und welt-offener Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland, wie es zum Beispiel schon durch Projekte des BMBF und der deutschen Wissenschaftslandschaft geschieht. So bestehen bereits heute über 5.000 Kooperationen zwischen deutschen und indo-pazifischen Hochschulen. Die Mittlerorganisationen Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt-Stiftung leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

Ein offener und kritischer Umgang mit China

Der Aufstieg der Volksrepublik China gehört zu den größten globalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Für Deutschland und die Europäische Union birgt dies neben Chancen auch eine Vielzahl von Herausforderungen. Nach außen macht China seinen globalen Machtanspruch sicherheits-, wirtschafts- und ordnungspolitisch immer stärker geltend. Im Inland verstärken sich die repressiven Entwicklungen. China hat sich verändert und so müssen wir auch unseren Umgang mit China ändern. Mit dem China-Positionspapier der SPD-Bundestagfraktion von 2020, der Nationalen Sicherheitsstrategie und der China-Strategie der Bundesregierung von 2023 tragen wir diesen Veränderungen Rechnung. Für uns bleibt der Dreiklang von China als Partner, wirtschaftlichem Wettbewerber und systemischem Rivalen handlungsleitend. Gleichzeitig nimmt die Systemkonkurrenz zu und beeinflusst auch die partnerschaftliche und wettbewerbliche Dimension der Beziehungen: Rechtsstaatlichkeit ist zentral für das Vertrauen, das für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit notwendig ist. Die Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen von politischen Freiheiten in China und insbesondere in Hongkong, Tibet und Xinjiang betrachten wir mit großer Besorgnis. Deshalb wollen wir neben anderen Dialogformaten auch den Menschenrechtsdialog fortführen und ihn zusammen mit dem Rechtsstaatsdialog neu aufstellen.

Im Wissen und die klare Benennung dieser systemischen Unterschiede und politischen Differenzen bleibt für uns Sozialdemokrat:innen die Politik gegenüber China gleichzeitig von einem kontinuierlichen und konstruktiv-kritischen Dialog geprägt. Ein sozialdemokratischer Umgang mit China ist offen, robust und er ist eingebettet in die enge europäische Abstimmung. Es gilt der Grundsatz, nicht nur

über, sondern vor allem auch mit China zu reden. Dem seit dem Treffen von Willy Brandt und Deng Xiaoping im Jahr 1984 bestehenden Parteidialog zwischen der SPD und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) mit seinen drei Schwerpunkten Außen- und Sicherheitspolitik, wirtschaftlich-ökologische Transformation und Menschenrechte kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Ohne den Dialog mit China ist die Bewältigung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum vorstellbar. Gemeinsame Interessen und Potenziale für die Zusammenarbeit etwa beim Klimaschutz, der Realisierung der VN-Nachhaltigkeitsziele, der Förderung von Frieden und Sicherheit, bei der Rüstungskontrolle oder in der globalen Gesundheitsdiplomatie gilt es stets auszuloten und, wo möglich, Chancen für bilaterale und multilaterale Initiativen zu ergreifen. Dazu zählen auch Dreieckskooperationen des deutschen und chinesischen entwicklungspolitischen Engagements in Drittstaaten, unter Berücksichtigung der oft konkurrierenden Interessenlagen und Wahrung hoher internationaler Standards sowie der grundsätzliche Austausch zu Standards in der Entwicklungskooperation.

Die deutsche, europäische und chinesische Wirtschaft sind sehr eng miteinander verflochten. Für westliche Firmen hat der chinesische Markt eine ebenso zentrale Bedeutung wie der europäische Markt für chinesische Unternehmen. Faire, WTO-konforme Wettbewerbsbedingungen ohne diskriminierende Praktiken sind die Grundvoraussetzung für eine produktive ökonomische Konkurrenz. Ausgleichszölle in der Kompetenz der EU könnten bei einem genuinen *Level Playing Field* verhindert werden. Keine Seite kann Interesse an einem sich verschärfenden Handelskonflikt haben. Gesunde Wirtschaftsbeziehungen sind immer eine Zweibahnstraße, keine Einbahnstraße.

Wir möchten den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas nicht bremsen. Eine Entkopplung unserer Volkswirtschaften (*Decoupling*) ist die falsche Antwort und schadet allen. Vielmehr müssen wir weiterhin in die Diversifizierung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (*De-Risking*) regional ebenso wie überregional investieren.

Unsere kritische Infrastruktur müssen wir schützen und unsere technologische Souveränität und Sicherheit wollen wir weiter stärken. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung der Bundesregierung, dass bis spätestens Ende 2026 keine Komponenten der chinesischen Konzerne Huawei und ZTE in 5G-Kernetzen mehr eingesetzt werden dürfen und bis Ende 2029 die kritischen Managementsysteme beider Hersteller in den 5G-Zugangs- und Transportnetzen zu ersetzen sind.

Ein Kerninteresse für uns in den deutsch-chinesischen Beziehungen bleibt die Deeskalation des brutalen und völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. China trägt mit seiner engen Partnerschaft zu Russland und als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats besondere Verantwortung. Wir begrüßen das grundsätzliche chinesische Bekenntnis zum Prinzip der territorialen Integrität, die Ernennung des Sondergesandten für Eurasien zu Gesprächen mit der Ukraine, Russland und der internationalen Gemeinschaft, Chinas Bemühungen um internationale Friedensinitiativen sowie die gemeinsame Verurteilung des Einsatzes von Atomwaffen, oder der Drohung damit, durch Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Xi Jinping. Ein erster Schritt für Gespräche und Vermittlungen könnte die Einrichtung einer internationalen Kontaktgruppe unter Beteiligung Chinas, weiterer BRICS-Staaten und wichtiger regionaler Akteure sein. Gleichzeitig appellieren wir an China, seinen Einfluss auf die russische Führung deutlich stärker zu nutzen. Die russische Kriegswirtschaft hängt entscheidend von den Wirtschafts- und Energiebeziehungen zu China ab. Chinesische Waffenlieferungen an Russland darf es unter keinen Umständen geben. Ebenso muss der Export von *Dual-Use*-Gütern, welche auch für militärische Zwecke nutzbar sind, strikt restriktiv gehandhabt und Hinweisen auf militärische Verwendung konsequent nachgegangen werden. Ein substanzielles chinesisches Engagement auch als Geber beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur und der humanitären Hilfe in der Ukraine würden wir ausdrücklich begrüßen.

Austausch mit Taiwan vertiefen

Deutschland und die EU unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Der Austausch mit Taiwan hat für uns jedoch besondere Bedeutung. Wir sind Wertepartner und pflegen intensive Kontakte in der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Vor allem in der strategisch wichtigen Halbleiterproduktion und bei Zukunftstechnologien wollen wir unsere Zusammenarbeit weiter vertiefen. Taiwan ist für Deutschland der fünftgrößte Handelspartner im Indo-Pazifik. Wir unterstützen Taiwans fachliche Mitwirkung in internationalen Organisationen. Der breite zivilgesellschaftliche Dialog mit Taiwan und die regelmäßigen Begegnungen und Kontakte auch von Parlamentarier:innen stehen nicht im Widerspruch zur Ein-China-Politik, zu welcher sich Deutschland und die EU eindeutig bekennen. Wir gestalten unsere guten und engen Beziehungen zu Taiwan im Rahmen der im Juli 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung.

Schlüsselpartner Indien, Südasiens im Wandel

Eine der entscheidendsten Partnerschaften für Deutschland und die EU im Indo-Pazifik ist die mit Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt. Wir begrüßen die spürbare Dynamisierung und Vertiefung der strategischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf allen Ebenen in den vergangenen Jahren. Mit seinem erfolgreichen G20-Vorsitz hat Indien als Stimme vieler Staaten des globalen Südens zu einer inklusiveren internationalen Ordnung beigetragen. Gemeinsam arbeiten wir an der Reform des VN-Systems, inklusive eines handlungsfähigeren und repräsentativeren Sicherheitsrates. Die immer engeren deutsch-indischen Beziehungen werden auch in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit deutlich. Dazu kann auch eine verstärkte Rüstungskooperation gehören, um Indien aus seiner starken Abhängigkeit von Russland zu lösen. Indien kann einen wichtigen Beitrag zu regionaler Sicherheit und Stabilität im Indo-Pazifik leisten.

Prioritäten der bilateralen Zusammenarbeit wie grüne und nachhaltige Entwicklung, die neue Fachkräftestrategie Indiens der Bundesregierung, der digitalpolitische Dialog oder der enge Schulterschluss bei Zukunftstechnologien u.a. im Rahmen des neuen *EU-India Trade and Technology Council* gilt es weiter auszugestalten. Wir wollen auch dazu beitragen, die Verhandlungen für ein EU-Freihandelsabkommen zu einem zügigen Abschluss zu bringen. Mit den größten Wahlen der Welt von April bis Juni 2024 hat Indien die Lebendigkeit seiner Demokratie demonstriert. Als Partner auf Augenhöhe adressieren wir gleichzeitig in einem angemessenen Rahmen unsere Kritik an Einschränkungen für die kritische Zivilgesellschaft, Medien und Minderheiten.

Indien wird auch ein immer wichtigerer Partner für die deutsche Wirtschaft. Dies zeigt sich zum einen in der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft, die im Oktober 2024 gemeinsam mit den deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Delhi stattfand. Zudem gilt es gerade mit Blick auf das De-Risking im Energiesektor die von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze etablierte deutsch-indische Plattform für Investitionen in Erneuerbare Energien weiter auszubauen.

Als Sozialdemokrat:innen haben wir einen gesamtheitlichen Blick auf Südasiens – eine Megaregion im Wandel, in welcher 25 Prozent der Weltbevölkerung leben. In diesem Kontext sind die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere für Frauen, sowie bessere Bildungschancen, insbesondere für Mädchen, zentrale Anliegen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Südasiens. Trotz der enormen ökonomischen Dynamik ist die Region gleichzeitig von einer geringen Konnektivität und Integration gekennzeichnet. Wir unterstützen regionale Organisationen wie die *Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation* (BIMSTEC), welche Süd- und Südostasiens verbindet, die *Indian Ocean Rim Association* (IORA), in der Deutschland seit 2015 ein Dialogpartner ist, die durch den indisch-pakistanischen Konflikt eingeschränkt funktionsfähige *South Asian*

Association for Regional Cooperation (SAARC) und auch andere zielgerichtete Initiativen, welche dem stärkeren Zusammenwachsen der Region dienen.

Gleich vier südasiatische Partnerländer gehören zu den zehn größten Truppenstellern für VN-Friedensmissionen: Bangladesch, Indien, Nepal und Pakistan. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der regelbasierten Ordnung. Wir unterstützen die demokratische Entwicklung Bangladeschs unter der Interimsregierung von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus. Mehr als elf Jahre nach dem Einsturz der Fabrik *Rana Plaza* in Dhaka bleibt die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Bangladesch eine sozialdemokratische Priorität, vor allem zu den Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie und anderen exportorientierten Sektoren. Auch der weitere demokratische Weg Nepals sowie die Stabilität Sri Lankas in einer geopolitischen Schlüssellage sind uns wichtige Anliegen. Großes Interesse müssen wir zudem auch künftig an der demokratischen und nachhaltigen Entwicklung Pakistans haben. Das fünftbevölkerungsreichste Land der Erde spielt eine wichtige Rolle für Frieden und Stabilität, unter anderem als unmittelbarer Nachbar Afghanistans und Schlüsselland in Bezug auf viele Geflüchtete aus Afghanistan.

In der Aufarbeitung des 20-jährigen internationalen Engagements in Afghanistan unterstützen wir die Arbeit der Enquete-Kommission und des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, beide unter SPD-Vorsitz. Die massiven Einschränkungen der Rechte von Frauen und Mädchen sowie die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und anderen elementaren Menschenrechten in Afghanistan stoßen auf unseren fortgesetzten energischen Widerstand. Gleichzeitig spitzt sich die humanitäre, wirtschaftliche und soziale Lage im Land weiter stark zu. Das Schicksal von Millionen Afghan:innen darf nicht dauerhaft davon abhängen, welche De-facto-Autoritäten regieren. Als SPD-Fraktion plädieren wir daher für eine pragmatische Afghanistan-Politik, unterhalb der Schwelle der diplomatischen Anerkennung des Taliban-Regimes. Ein prinzipieller Boykott ohne direkte Gesprächskanäle und einen eigenen Blick auf die Lage vor Ort hilft weder uns noch den Menschen in Afghanistan.

Regionale Wertepartner in Nordostasien: Japan, Südkorea und die Mongolei

Als gefestigte Demokratien sind Japan und Südkorea wichtige Partner für Deutschland und die EU zur Förderung einer von starken multilateralen Institutionen getragenen regelbasierten internationalen Ordnung. Gemeinsam unterstützen wir die Ukraine gegen die russische Aggression. Bundeskanzler Olaf Scholz absolvierte seine erste Asien-Reise nach Japan. Ob in der vertrauensvollen und engen Abstimmung zwischen Japan und Deutschland im Rahmen unserer aufeinanderfolgenden G7-Vorsitze, mit Südkorea als wichtigem Mitglied der G20, bei der Zusammenarbeit als globale NATO-Partner, in den ersten deutsch-japanischen Regierungskonsultationen, dem 2+2-Dialog der Außen- und Verteidigungsminister:innen oder vertieften sicherheitspolitischen Konsultationen – unsere bi- und trilateralen Beziehungen haben spürbar an Momentum und Tiefe gewonnen. Dies wird auch in der regen politischen Besuchsdiplomatie deutlich. Die jüngsten Verbesserungen im japanisch-südkoreanischen Verhältnis und die mutigen Schritte zu einer historischen Aussöhnung begrüßen wir ausdrücklich. Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir um die Dimensionen dieser gesamtgesellschaftlichen Generationenaufgabe und möchten uns in den fortgesetzten Erfahrungsaustausch einbringen.

Als führende Industrie-, Wirtschafts- und Forschungsnationen arbeiten wir eng bei Zukunftstechnologien, 6G und Open-RAN, Künstlicher Intelligenz und Datennutzung zusammen, ebenso wie in der Cybersicherheit und der Digitalpolitik. Potenziale für eine noch stärkere Kooperation in der Batterie- und Halbleiterproduktion sollten wir aktiv ausschöpfen. Als enge Partner mit ähnlichen geoökonomischen Interessen wollen wir einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren und weiter gemeinsam an resilienten Lieferketten arbeiten. Insbesondere in Bezug auf das Prinzip „China+1“, wonach neben chinesischen Produzenten und/oder Lieferanten auch immer eine Alternative ins Auge gefasst werden sollte, und das Konzept der Wirtschaftssicherheit, können wir in Deutschland und Europa von unseren

japanischen und südkoreanischen Freunden lernen. Dafür bilden auch die EU-Freihandelsabkommen mit Japan und Südkorea eine gute Grundlage, die es auszubauen gilt.

Mit ihrer einzigartigen und herausforderungsvollen geopolitischen Lage zwischen China und Russland verdient die demokratische Entwicklung der Mongolei unsere besondere Anerkennung. Ihr weiterer eigenständiger und nachhaltiger Weg ist im deutschen und europäischen Interesse. Die SPD pflegt einen engen Dialog mit ihrer Schwesterpartei, der regierenden Mongolischen Volkspartei (MVP), und setzt sich für die Vertiefung der strategischen Beziehungen im Engagement für den Multilateralismus, Frieden und Sicherheit sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation und Rohstoffpartnerschaft ein.

Wachstumsmotor und Sicherheitspartner Südostasien

Südostasien liegt im Herzen des Indo-Pazifiks und ist als Heimat von über 650 Millionen Menschen eine prioritäre Partnerregion in der Zeitenwende. Sie weist eine enorme Wachstumsdynamik auf und ist attraktiv für deutsche Unternehmen und Investitionen, auch und gerade in der Diversifizierung von Standorten und Lieferketten. Wir begrüßen die intensive Weiterentwicklung unserer politischen Beziehungen mit wichtigen strategischen Partnern durch die Bundesregierung und die hochrangige Besuchsdiplomatie. Als erster Bundeskanzler sprach Olaf Scholz 2022 auf der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft und Boris Pistorius 2023 als erster deutscher Verteidigungsminister auf dem Shangri-La-Dialog in Singapur – der zentralen sicherheitspolitischen Konferenz in der Region.

Die in der Regionalorganisation *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) miteinander verbundenen Länder sind in besonderem Maße auch Schauplatz der geopolitischen Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten. China ist der wichtigste Wirtschaftspartner, die USA sind ein zentraler Sicherheitspartner. Entscheiden zwischen diesen beiden Polen können und möchten sich die meisten Staaten der Region nicht. Vielmehr versuchen sie den geopolitischen und geoökonomischen Balanceakt. Deutschland und Europa werden vor diesem Hintergrund vor allem in ihrer eigenständigen Rolle geschätzt. Der erste EU-ASEAN-Gipfel im Dezember 2022, der vertiefte sicherheitspolitische Dialog mit Malaysia, Singapur, Thailand und Vietnam im Rahmen des Projektes *Enhancing Security Cooperation in and with Asia* (ESIWA) und die langfristig engere Kooperation zwischen Deutschland und den Philippinen unterstreichen die Bedeutung und Substanz unseres Engagements. Die Verteidigungsminister Deutschlands und der Philippinen haben jüngst vereinbart, die Beziehungen zwischen den beiden Ressorts zu vertiefen. Wir sollten unseren Partnern auch in der Zukunft attraktive Angebote für die Zusammenarbeit im gemeinsamen Einsatz für den Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung machen. Dazu zählen die weitere Vertiefung der Kooperation mit ASEAN als Hauptschwerpunkt der Indo-Pazifik-Leitlinien der Bundesregierung, Infrastrukturprojekte unter der EU-Konnektivitätsstrategie *Global Gateway* und z.B. auch die Entsendung eines Verbindungsoffiziers der Bundeswehr in das *Information Fusion Centre* (IFC) in Singapur für die maritime Sicherheit. Seit Oktober 2024 hat der Deutsche Bundestag außerdem Beobachterstatus bei der ASEAN Inter-Parliamentary Assembly (AIPA). Damit unterstreichen wir, wie wichtig uns die Zusammenarbeit als Parlamentarier:innen mit den ASEAN-Staaten ist.

Ob mit Malaysia als gefragtem Standort für deutsche Unternehmen und die Zukunftstechnologien, Indonesien als regionalpolitischem Schlüsselakteur in der G20, ASEAN-Schwergewicht und OECD-Beitrittskandidat, dem neuen wegweisenden EU-Abkommen mit Singapur zu digitalem Handel, den Philippinen in der Bewältigung der Folgen von Klimawandel und Naturkatastrophen, Vietnam bei der Fachkräftemigration, Thailand in der Zusammenarbeit mit multilateralen Institutionen oder Laos und Kambodscha bei der Unterstützung der *Mekong River Commission* (MRC) – wir begrüßen die substantiellen und facettenreichen Partnerschaften in der Region. Für die SPD spielt zudem der Parteiendialog mit der Kommunistischen Partei Vietnams eine wichtige Rolle, der 2025 zum zehnten Mal stattfinden wird.

Natürliche Partner in „Down Under“: Australien und Neuseeland

Australien und Neuseeland sind für Deutschland und die Europäische Union natürliche Wertepartner im Indo-Pazifik. Als offene Gesellschaften stehen wir gemeinsam für die regelbasierte internationale Ordnung, Demokratie und Menschenrechte.

Im Rahmen der G20 arbeiten wir mit Australien an der Lösung globaler Herausforderungen. Unsere umfassende strategische Partnerschaft sollten wir vertiefen, ebenso wie die bestehenden 2+2-Konsultationen auf Ministerebene zur Außen- und Verteidigungspolitik und unsere Rüstungskoopeation weiter ausbauen. Die engen sicherheitspolitischen Beziehungen mit Australien und Neuseeland in den erweiterten Formaten von G7 und NATO begrüßen wir. Gemeinsam stehen wir an der Seite der Ukraine gegen Russlands Aggression, unterstützen die Sanktionen gegen Moskau und leisten militärische und humanitäre Hilfe. Mit Freundschaftsbesuchen der deutschen Marine und den Teilnahmen der Luftwaffe und des Heeres der Bundeswehr an multinationalen Übungen wurde die verteidigungspolitische Kooperation mit Australien zuletzt weiter intensiviert. Ebenso wie Deutschland, haben Australien und Neuseeland 2023-2024 erstmals nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategien veröffentlicht. Hierzu lohnt der Erfahrungsaustausch, insbesondere zum künftigen Umgang mit China.

In prioritären Dossiers wie der Industriepolitik und grünem Wasserstoff, Lieferkettenresilienz, Klimawandel, der Wissenschafts- und Forschungskooperation, bei Schlüsseltechnologien, der Cybersicherheit und zur Rückführung von Kulturgütern wollen wir die bestehende enge Zusammenarbeit weiter vertiefen.

Fazit

Als entscheidendes Gravitationszentrum der Weltordnung von heute und morgen ist die Gestaltung unserer Beziehungen zu den Ländern des Indo-Pazifiks ein prioritärer politischer Auftrag. Sie ist eine genuine Querschnittsaufgabe auf allen Politikfeldern und Ebenen und berührt als solche Bereiche der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Wissenschafts-, Innen-, Umweltpolitik und andere mehr. Es braucht auch künftig Partnerschaftspolitiken aus einem Guss und eine starke Kohärenz und Abstimmung zwischen den Ressorts. Die Indo-Pazifik-Leitlinien der Bundesregierung und die EU-Strategie für Kooperation im Indo-Pazifik, die Nationale Sicherheitsstrategie und China-Strategie der Bundesregierung, ebenso wie die Asien-Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bieten dafür einen geeigneten Rahmen.

Mit der stark gewachsenen politischen Bedeutung der Region steigt auch der Bedarf an Indo-Pazifik-Kompetenz. Neben der prioritären Notwendigkeit der weiteren institutionellen Förderung von China-Kompetenz und dem Auf- und Ausbau von Strukturen für die Indien-Expertise, gehören dazu ebenso die gezielte Förderung von gesamtregionaler Expertise, interkulturellem Verständnis, Landeskenntnissen und Sprachkompetenz. Es bedarf einer neuen Kultur der strategischen Vorausschau, um Szenarien und Trends in der Region frühzeitig zu erfassen und politische Handlungsoptionen vorzuhalten, insbesondere zu aktuellen und möglichen zukünftigen Krisenherden. Hierbei kommt Forschungseinrichtungen, Think Tanks, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Politischen Stiftungen eine zentrale Rolle zu. Als wichtige Mittler und Brückenbauer für unsere Partnerschaften im Indo-Pazifik brauchen sie eine finanzielle Ausstattung, die dem Ambitionsniveau und den Anforderungen unserer internationalen Politik in der Zeitenwende entspricht.

Politisch wollen wir als deutsche und europäische Sozialdemokrat:innen aktiv und gemeinsam die internationale Ordnung im Umbruch mit progressiven Partnern und im Dialog mit den regionalen und

globalen Netzwerken der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteienfamilie gestalten. Weltweit, so auch im Indo-Pazifik, haben wir starke Schwesterparteien und -fraktionen in Parlamenten mit denen wir im engen Schulterschluss für ein regelbasiertes, friedliches, inklusives, sozial gerechtes und nachhaltiges Morgen arbeiten.

Table Briefings

Zuleitungsformular

Stand: September 2022

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Berlin, 28. November 2024

Gabriela Heinrich

An die
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion
Katja Mast, MdB

Kopie des ausgefüllten Zuleitungsformulars bitte an die zuständige Arbeitsgruppe zurücksenden

z.Hd. Christoph Grunske / Christian Buchholz

im Hause

Bezeichnung der Vorlage:

Positionspapier
Schlüsselpartner für die regelbasierte Weltordnung: Sozialdemokratische
Prioritäten für den Indo-Pazifik

Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe

- a) für die Terminierung in den Fraktionsgremien
- b) für die Behandlung im Plenum

einverstanden.

Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:

gez. Gabriela Heinrich

(Unterschrift)

**Anlage: Vorblatt
Vorlage**

Vorblatt
für Vorlagen der SPD-Fraktion
Stand: Dezember 2021

Dr. Nils Schmid / Jürgen Coße

Dirk Sawitzky

Federführendes MdB (BE)
Tel. 78308

Verantw. Referent/in
Tel. 52381

An die
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Gabriela Heinrich, MdB

im Hause

Bezeichnung der Vorlage

Positionspapier
Schlüsselpartner für die regelbasierte Weltordnung: Sozialdemokratische Prioritäten für
den Indo-Pazifik

Botschaft und wesentlicher Inhalt (max. 300 Zeichen incl. Leerzeichen)

Für Deutschland als Handels- und Exportnation und für ein souveränes Europa ist eine stabile, freie und sichere Indo-Pazifik-Region von elementarem Interesse. Trotz der geografischen Distanz sind die Entwicklungen im euro-atlantischen und im indo-pazifischen Raum auf das Engste miteinander verbunden. Ob für unseren eigenen wirtschaftlichen Wohlstand und die sozial-ökologische Transformation, bei der Energiesicherheit, digitalen Souveränität, Hochtechnologie, Innovationen oder strategischen Industriepolitik – Ereignisse im Indo-Pazifik, insbesondere im Falle einer Verschlechterung der Lage, können gravierende Auswirkungen für uns haben.

Inhaltliche Abstimmung mit dem federführenden Ressort der Bundesregierung:

Erfolgt.

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien

Sonstige Bemerkungen

Beschlossen in der **Arbeitsgruppe**

am **15.10.2024**

In folgenden Arbeitsgruppen **mitberaten**

	am	Votum
1. Angelegenheiten der Europäischen Union	05.11.2024	Zustimmung
2. Bildung und Forschung	05.11.2024	Zustimmung
3. Digitales	05.11.2024	Zustimmung
4. Klima und Energie	05.11.2024	Zustimmung
5. Kultur und Medien	05.11.2024	Zustimmung
6. Menschenrechte und humanitäre Hilfe	05.11.2024	Zustimmung
7. Sicherheits- und Verteidigungspolitik	05.11.2024	Zustimmung
8. Wirtschaft	05.11.2024	Zustimmung
9. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	05.11.2024	Zustimmung

Votum der AG Haushalt zu den finanziellen Auswirkungen auf den Bundshaushalt und den EU-Haushalt und der AG Finanzen zu den steuerlichen Auswirkungen

Zustimmung

Abstimmung mit den A-Ländern

Gewünschter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien

GfV	am 02.12.2024	Berichterstatterin Gabriela Heinrich
FV	am 02.12.2024	Berichterstatterin Gabriela Heinrich
Fraktion	am 03.12.2024	Berichterstatterin Jürgen Coße

28.11.2024

(Datum)

gez. Dirk Sawitzky

(Unterschrift)